

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auszchl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Sporr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 4. April 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-Veranstaltungsinserate ufw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 38.

## Gibt es wirklich keinen Weg?

Mit der Regelmäßigkeit des Schillerischen Mädchens aus der Fremde hält in bestimmten Zeitabschnitten in dem Stande, den man den vierten nennt, ein sehr ernstes Thema seinen Einzug und wird darüber eher mit zu viel als zu wenig Leidenschaft diskutiert.

Es ist das Kapitel, wie machen wir die große Masse des Volks, das Proletariat, geistig freier? Wie bringen wir es am sichersten und schnellsten dahin, die verdächtigen, vererbten Ansichten einer vergangenen Zeitepoche fallen zu lassen und sich der Gegenwart anzupassen, um in der schon etwas abgebrachten, aber deshalb nicht minder wahren Lehre von dem Kampf ums Dasein resolu- tionen seinen Mann stellen zu können? Seltener sind wohl so viel Federn stumpf und Intenstänker ausgeschrieen worden; seltener aber auch so schöne Worte und beherzigenswerte Ratschläge in die Welt hinausgegangen, und ebenso selten ist dieser gute Samen auf fruchtbaren Boden gefallen, sonst hätte er schöner aufgehen müssen.

Wollen wir bei unserm Verbands. Wir können uns da gewiß nicht über zu wenig Erziehungsarbeit beklagen. Die „Korr.“-Redaktion — die alte wie die neue — und unsere Funktionäre überhaupt können für sich das Recht in Anspruch nehmen, ihre Pflicht und darüber hinaus getan zu haben. Für mich war es nun ein charakteristisches Zeichen, das mir zu denken gab, warum nur unser diesmalige Generalversammlung der Schrei nach Vertiefung und Festigung im Verhältnis zur letzten Parlamentaristatung sehr schwach war, kaum zu hören. Freuen wir uns darüber! Wir Verbandsbuchdrucker haben es nicht mehr nötig, wir haben bereits in der Gesamtheit die Not unserer Zeit erkannt. Nehmen bis auf den letzten Mann teil an unseren Versammlungen und Beratungen, loben und anerkennen die Taktik unserer Führer und begehnen nie etwas, was uns in unserer Eigenschaft als Arbeiter vielleicht eher Nach- als Vorteile bringen könnte.

Ober ist dem vielleicht nicht so? Ist es vielleicht gar eine stumpfe Resignation, die sich sagt, was hat es genützt, daß wir unsere Agitationskräfte vermehrt? Sind unsere Versammlungen relativ besser besucht, graben wir gewerkschaftlich tiefer? Diese Fragen aufwerfen, heißt sie mit einem glatten Nein beantworten. Was helfen uns die Leitartikel des „Korr.“ in den letzten Wochen, wenn sie nicht gelesen werden? Durch ihre überzeugende Logik allein müßten sie einen durchschlagenden Erfolg erzielen und in ihren Konsequenzen nicht nur durchdringt, sondern es müßte auch danach gehandelt werden.

Kollegen, Land auf und Land ab, werden wir uns doch endlich einmal klar, daß es anders werden muß. Wir heulen wie die Klagenweiber von Jerusalem über unsere schlechte wirtschaftliche Lage. Mit Recht! Wer hat aber die Schuld? Vielleicht unsere Führer? Nein und abermals nein! Wir tragen selbst den allergrößten Teil der Schuld. Kollegen, die wir wirklich ernst an der Verbesserung unserer Lebenslage mitarbeiten, räumen wir endlich einmal den Stein, der uns hindert am Aufwärtstreten, beiseite, ändern wir unsere Angriffsfront. Nicht gegen unsere selbstgewählten Ratgeber, sondern mit ihnen gegen unseren größten Feind innerhalb des eignen Heerlagers: gegen die Interesselosigkeit der bloß zahlenden Kollegen. Diesen Ballast endlich einmal abgeschüttelt! Ja, wenn es möglich wäre, diesen Kollegen, die nicht weiter sehen wollen, als wie in der Regel ihre Nase- spitze reicht, auf die das Wort aus dem Faust: „Mit wenig Will und viel Wehagen, dreht jeder sich in engen Zirkelgang wie junge Ragen mit dem Schwanz“ wie photogaphiert paßt, die Ertragsleistungen des Verbandes nicht zugänglich zu machen, ihnen zu verwehren, sich dann an den Tisch zu setzen und zu essen, wenn sie sich nicht der mühevollen Arbeit des vorhergehenden Kochens mit unterziehen wollen. Schließlich sind das auch diejenigen Kollegen, die obendrein noch auf das Essen schimpfen, denen es zu wenig gut geraten ist, ohne nur im entferntesten sich einen Seifenfieder aufgehen zu lassen, daß an ihnen ein großer Teil der Schuld liegt.

Gibt es denn nun wirklich keinen gangbaren Weg, mit diesen Ruffinden aufzuräumen? Wir ersehen aus den Jahresberichten eine nicht begriffliche Teilnahmlosigkeit und sollen ganz machtlos dagegen sein? Soll ein Teil der Kollegen sich gesundheitsliche und finanzielle Opfer bringen, während der andre Teil nichts Besseres zu tun weiß, als sich einem Ausflieg in den Weg zu

stellen, um schließlich doch dieselben Vorteile zu genießen als die andern auch?

Nun bin ich felsenfest davon überzeugt, daß mit schönen Worten hier nichts erreicht werden kann, da der kritisierte Teil der Kollegenschaft sich seiner Eigenschaft, die er in der wirtschaftlichen Entwicklung als Hemmschuh spielt, gar nicht in vollster Maße bewußt sein kann, sonst würde er sich niemals zu einer solchen Rolle hergeben.

Gewaltsam muß sich uns der Gedanke aufdrängen: Ist es sittlicher und entspricht es dem Gesetze der Gerechtigkeit mehr, der freiesten Selbstbestimmung des Einzelmenschen den allerweitesten Spielraum zu lassen, oder wenn es zum Fortschritt, zur Hebung der Lebensinteressen der Gesamtheit eine unbedingte Notwendigkeit ist, eine, na, sagen wir einmal, kleine Fessel einem bestimmten Teile, der die Forderungen des Zeitgeistes noch nicht zu begreifen vermag, anzulegen? Handelt es sich doch bloß darum, etwas Gutes, etwas Erstrebenswertes zu erreichen.

Aber das Wie? Zum Lesen des „Korr.“ kann ebensowenig jemand gezwungen werden, als wie es glücklicher- weise nicht möglich ist, die Gedankenfreiheit zu unterbinden.

Es gibt aber etwas andres. Ausgehend von der Tatsache, daß der größte Teil der Versammlungsschwärmer auf dem Standpunkte steht, daß ihre Person doch nicht in die Waagschale falle, daß es auf sie nicht ankommen könne in dem großen Verbands der Deutschen Buchdrucker, meine ich, daß wir nicht die geringste Ursache haben, Kollegen, die sich selbst so gering einschätzen, die sich freiwillig zu Verbandsmitgliedern zweiter und dritter Klasse degradieren, höher zu bewerten, als sie es selbst tun. Jeder muß sich doch selbst am besten kennen, und wenn man um seine eigne Person, wenn es möglich wäre, am liebsten in einem großen Bogen herumginge, kann man von andern billigerweise nicht das Gegenteil verlangen. Wer weniger Pflichten haben will, hat auch weniger Rechte zu beanspruchen. Ich hätte nun einen Vorschlag, den ich hierzu machen möchte, mit dem ich schon lange schwanger gehe, und den ich trotz wiederholter Geburtswehen deshalb noch nicht früher zur Welt gebracht habe, weil ich eben in den Reihen derjenigen Kollegen stehe (die den Vorschlag natürlicherweise auch am wenigsten sympathisch begreifen werden), die die freieste Selbstbestimmung des Einzelmenschen und größtmögliche Einschränkung jeden Zwanges von irgendeiner Seite eringen und vervollkommen wollen.

So möchte ich denn die Frage zur Diskussion stellen: Ist es nicht möglich, und entspricht es nicht dem Grundsatz der ausgleichenden Gerechtigkeit, wenn wir die ständigen Versammlungsschwärmer behandeln wie die Nestanten, d. h. ihnen zeitweilig die Unterstellungen entziehen? Ich stelle mir beispielsweise die Sache wie folgt vor: Jedes Verbandsmitglied bekommt eine Karte, die eine genügend große Anzahl Felder aufzuweisen hat, damit nicht zu oft eine neue ausgestellt zu werden braucht. Diese Karte wird nun einfach bei dem Versammlungsbesuch abgestempelt.

Wer nun, sagen wir einmal drei Versammlungen hintereinander nicht besucht hat, dann krank, arbeitslos, usw. wird, dem kann dann die Unterstüfung auf die Dauer der jeweiligen Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. entzogen werden oder auch auf eine enger umgrenzte Wochenzahl. Augenblicklich kann es sich ja gar nicht darum handeln, die Möglichkeiten alle festzustellen, wie es am einfachsten und zweckmäßigsten zu handhaben wäre, dies würde den jetzt noch mehr als sonst kostbaren Raum unseres Organs über Gebühr in Anspruch nehmen. Erwähnt sei bloß noch, daß die Kontrolle bei weitem nicht die Schwierigkeiten aufweist, auch in den Riesenwerksereinen nicht, als es auf den ersten Augenblick den Anschein zu haben scheint.

Das Ziel ist ein edles! Es gilt die Kollegen aufzu- klären und reif zu machen für die modernen gewerkschaft- lichen Bestrebungen, ihnen zu Gemüte zu führen, daß die Bergünstigungen, die wir durch den Verband erlangen haben, nicht vom Himmel gefallen sind. Haben wir die Kollegen erst in unsern Versammlungen, dann werden sie dies alles erfahren, und dann werden sie ihre Ehre darin setzen, jeder nach seinen Kräften mitzuarbeiten an den ersten und wichtigsten Aufgaben des Verbandes. Wenigstens kann ich mir gar nicht vorstellen, daß jemand, der die Kulturarbeit der Gewerkschaften erkannt hat, noch abseits stehen kann mit den Händen in den Taschen.

Für die fleißigen Verbandsmitglieder ist es ja kein Zwang, die besuchten sowieso die Versammlungen, und

die andern werden sich hüten, ihre Unterstüfungsrechte aus dem Spiel zu setzen. Sehen wir, ob nicht auf diesem Wege die alte Preisfrage: „Wie haben wir den Versammlungsbesuch?“ gelöst werden könnte.

Zwei unangenehme Dinge, wovon eins direkt, das andre indirekt in unser Verbandsleben hineinspielen, würden auch nicht möglich sein, wenn unsere Kollegen in der Gesamtheit schon als richtig durchgebildete Gewerkschaftler anzusprechen sein würden. Ich meine das Sicherheitsventil und die von Pannetoeuf neuerdings in die Welt hinausgeschickte Ramschware mit der näheren aber falschen Bezeichnung „Demokratie“. Unsere Redaktion ist gezwungen, sich mit diesen beiden Gegenpolen zu beschäftigen, ihnen entgegenzutreten, wenn sie sich gar zu maßlos machen, damit die Massenmenschen nicht etwa von diesen Seiten zu einem „größeren Verbandsinteresse“ inspiriert werden.

So sind unsere Verbandsfunktionäre gezwungen, sich tagaus tagein mit tausend neuen schönen Sachen abzugeben, um die Mitglieder über Dinge aufzuklären, die eigentlich schon Gemeingut eines jeden einzelnen sein müßten. Dadurch werden ihre Kräfte absorbiert, sie können sich nicht mehr in dem Maße mit den höheren Aufgaben beschäftigen, die notwendig sind, um die fortgeschrittenen Gewerkschaftler immer weiter zu bringen, weil es eben ein Ding der Unmöglichkeit ist, mit einem Ballast beladen auch noch große Sprünge machen zu können. Als weitere Folge macht sich dann eine immer weitere Umstellung von Verbandsfunktionen notwendig.

Es gibt eben nur ein wirklich kräftiges Mittel, destruktiven Tendenzen entgegenzuarbeiten, und dies ist Aufklärung in die Kreise zu tragen, die heute immer noch nicht das beschränkte Populärgetum über Bord zu werfen willens sind. Um diesem Ziel ein Stück näher zu kommen, dazu habe ich meinen schon erwähnten Vorschlag gemacht. Ist ein Kollege in der Lage einen besseren Vorschlag zu machen, wäre es um so besser. Jetzt heißt es, in dieser Richtung noch mehr arbeiten. Jeder, soweit es seine Kräfte erlauben. Dann werden wir auch in den ersten Zeiten unsern Mann stellen; denn nur der hämmert schlecht, der den Hammer das erste Mal in die Hand gedrückt bekommt.

Da ich gerade beim Schreiben bin, noch ein paar Worte zu einer andern Angelegenheit. Man sagt immer, das Buchdruckergewerbe entwickle sich zur Großindustrie und damit werden die darin Beschäftigten zu Fabrikarbeitern. Das mag richtig sein. In einem Punkte fühlen wir uns aber noch ganz als Künstler. Wenigstens besitzen wir eine sprichwörtlich gewordene Eigenschaft derselben in hervorragendem Maße. Das ist der künstlerische Sinn, mit dem wir fortwährend daran arbeiten, unsern Massenwesen auszubauen. Es sieht beinahe aus, als ob die Sympathien für den Verband von einer Generalversammlung zur andern durch Erhöhung der Unterstüfungssätze erneuert werden müßten. Die Furcht, daß wir auf dieser Welt Schätze sammeln und dafür auf der andern Erde leer ausgehen, hat ebenowenig Berechtigung als die Annahme, das Geld könnte überhaupt nicht alle werden. Stimmt es nicht etwas nachdenklich, daß wir laut der vom Internationalen Sekretariat aufgestellten Statistik erst an vierter Stelle stehen, was das Vermögen auf den Kopf eines Mitglieds anbelangt? Man beachtet wohl, daß das Vermögen von Jahr zu Jahr steigt, findet es aber überflüssig, die steigende Mitgliederzahl und die immer höheren Verpflichtungen mit in Rechnung zu stellen. Also etwas weniger Künstler, dafür mehr Kaufmann!

Da es nun eine Erfahrungstatsache ist, daß die im „Korr.“ niedergelegten Wünsche (und wenn sie noch so unerfüllbar sind) sich nur zu rasch dazu verdingen, als seien sie schon angenommen, und dann bei ihrer selbstverständlichen Ablehnung nur das ohnehin nicht kleine Häuflein der Unzufriedenen vermehren helfen, wäre es recht gut angebracht, wenn Kollege Esfer im „Korr.“ einmal das Wort ergreifen würde, um zu sagen, was ist. Der sofortige Erfolg wäre der, daß viele Kollegen ihre Neckenkinsteleien einstellen und unser Organ blid davor bewahrt, immer wieder, um mit dem wackeren Strömert zu sprechen, die „ollen Kamellen“ aufzuwärmen. Ist es möglich, etwas für unsere notleidenden Kollegen zu tun, dann nicht geäußert. Auch die etwaigen noch bestehenden Ungerechtigkeiten, wodurch ein Unterstüfungszweig zum Schaden des andern bevorzugt wird, beseitigt. Entweder den einen erhöht oder den andern erniedrigt, ganz wie es unsere Massenverhältnisse gestatten. Es wäre meines Erachtens einzig richtig, wenn das Ministerium

in Berlin mit solchen Anträgen nicht bloß zur Generalversammlung kommen, sondern sie in Form eines Artikels den Mitgliedern servieren würde. Ihr Kollegen von der Mariendorfer Straße, treten etwas öfter aus dem Allerheiligsten heraus! Wenn ihr uns auch einmal gehörig den Text lest, was tut es? Wir können es mit unsrer Disziplin ganz gut vertragen. Sprecht zu allen auch durch unser Organ! Es mögen dann die Kollegen über euch richten, die den Glorionschein eines Heiligen auf der Stirne tragen; wir andern aber, die wir uns selbst als arme sündige Menschenkinder fühlen, behalten die Steine in der Westentasche. Ihr können uns so auch menschlich näher. Und noch etwas. Meine unmaßgebliche Meinung geht dahin, daß viele Anträge zur Generalversammlung — ich habe die Erhöhung der Unterstützungsätze im Auge — nicht gekommen wären, wenn ein Teil der ertlichen Funktionäre sich nicht so passiv verhalten und betont haben würde, daß es doch ein Lunding sei, diese Materie so zu behandeln, als sei sie mit der syrischen Schlange, der Hydra, eng verschwägert, und ihr so, wenn eben erst ein Antrag abgelehnt, dafür zehn neue erwachsen. Ich bin eben, wie ja wohl alle Menschen im 20. Jahrhundert, ein klein wenig boshaft veranlagt, und lasse das idealistische Mantelchen, mit dem diese Anträge meistens drapiert sind, in den seltensten Fällen gelten, und meine daher, daß es ist wie anderswo auch: dem einen ist der Verband die Göttin, die hehre, dem andern die mellende Kuh.

Zum Schluß möchte ich noch dem Wunsch Ausdruck geben, daß mein Vorschlag, die saumfertigen Kollegen etwas kräftiger an ihr Verantwortlichkeitsgefühl und Pflichtbewußtsein zu erinnern, nicht nur mechanisch, sondern eingehend und ernst geprüft wird. Vielleicht findet dann ein Kollege noch etwas Besseres, das zum Ziele führt. Wir haben alle den Vorteil davon. Wird doch über Nebenfragen manchmal viel geredet und geschrieben, warum soll das schönste und edelste Ziel, das es überhaupt gibt, die Menschen geistig freier zu machen, nicht einer eingehenden Betrachtung wert sein? Und ist denn nicht immer der Weg zu einem Bergespäfel, von wo man dann mit leuchtenden Augen und frohem Herzen in die zu Füßen liegende Welt mit ihren Kleinlichkeiten hinunter schauen kann, steinig und wenig angenehm zu gehen?

Es soll dahin kommen, daß der Versammlungsschwärmer so wenig werden, daß später, um uns wenigstens einige Exemplare dieser Gattung Verbandsmitglieder erhalten zu können, ein Paritätätenkammerchen gebaut werden muß, in dem sie freie Wohnung haben, um Interessenten zur Bereicherung ihrer historischen Kenntnisse vorgeführt werden zu können. Werden wir dieses hohe Ziel überhaupt einmal erreichen?  
Wald (Hild). Johannes Karnahl.

Anmerkung der Redaktion: Der Verfasser des vorstehenden Artikels meint es zweifellos so ernst und aufrichtig; die Masse der Kollegenchaft mit größterem Verbandsinteresse zu erfüllen und zu besserer Beteiligung am Organisationsleben, speziell an den Versammlungen, zu erziehen, das wir uns zur Ablehnung nicht entschließen konnten, obwohl sein Vorschlag einfach jede Möglichkeit auf Realisierung ausschließt. Die Versammlungsschwärmer, die ihres gut demokratischen Rechts, ihre Meinung bei den am Orte gebotenen Gelegenheiten zu äußern und ihre Stimme in die Wagchale zu werfen für die wirksamste Organisationsarbeit, sich selbst begeben, können dafür nicht mit Schlägen auf den Magen gestraft werden. Das geht nicht und würde nur zerlegend wirken, also den Verband noch mehr schädigen als der Individualismus in den eignen Reihen. Das sind Dr. Eisenbart-Kuren. Es muß eben weiter verjagt werden, durch Aufklärung und gute Beispiele die breite Masse, die in ihrer Bequemlichkeit sich nicht einmal zu der Aufschauung ausschwingen kann, daß die andern, die eifrigen und tätigen Mitglieder, für sie mitarbeiten müssen, zu größerer Aktivität zu erziehen. Wenn im Herbst, nach den Tarifverhandlungen, die sonst immer Unlichtbaren zu Haus in die Versammlungen eilen und dann den Ton angeben wollen, dann ist ja Gelegenheit geboten, nicht etwa nach Pannecocks Rezepte plump zu schmeicheln, sondern zu sagen, was ist und was sein könnte, wenn eben die große Menge mehr und ständig ihre demokratischen Rechte wahrnehmen würde durch bessere Erfüllung der Pflichten gegenüber der Organisation. Das muß sein, wo es nicht anders werden will. Daß sich aber schon mancherlei zum Besseren gewendet hat, wollen wir doch auch nicht übersehen. Wenn der Kollege Karnahl an die Mitglieder des Verbandsvorstandes appelliert, mehr herauszugehen, so ist das seit 1908 in Bezug auf das Halten von Vorträgen doch unbestreitbar in einem Umfang geschehen, der ein Mehr nicht zuläßt, wenn nicht die sehr wichtigen Verwaltungsgeschäfte darunter leiden sollen. Den Verbandsvorstand auch in „Korr.“ das Wort ergreifen zu lassen, ist nicht nur dieses einen Artikelschreibers Wunsch. Aber es kann eben im allgemeinen nur ein Wunsch bleiben, denn das eine tun, hier in diesem Fall etwas anders unterlassen. Es gibt halt bei jedem Ding auch eine Rehrseite der Medaille. Daß der Verbandsvorstand den „Korr.“ nicht prinzipiell nur als amtliches Organ betrachtet, möchten wir gerade an einen Hinweis zeigen, der gegenwärtig doppelt wertvoll ist. In Nr. 8, Jahrgang 1905, hat nämlich Kollege Eißler in einem großen, mit den durchschlagendsten Argumenten geradezu überfüllten Artikel die Unmöglichkeit einer Witwenunterstützung von Verbands wegen überzeugend dargetan. Trotzdem sie dann auf der Dresdener Generalversammlung schwer in den Ortus versenkt wurde, kehrte zu der Generalversammlung in Köln der Antrag auf Schaffung einer Witwen- und Waisen-

lasse von vier Bezirken und drei Ortsvereinen wieder. Vor drei Jahren wurde wiederum kein Zweifel über die Undurchführbarkeit dieses Gedankens gelassen, dennoch sehen wir den Antrag zu Hannover wiederkehren. Diesmal allerdings nur noch von zwei Mitgliedschaften gestellt. Weiter, da wir einmal dabei sind, wer hat, als er in der vorigen Nummer die hoch anerkenntswerte Arbeit des Kollegen Kluge (Berlin) gelesen hatte, noch daran gedacht, daß der gleiche Verfasser schon in Nr. 41 von 1908 eindringliche Ausführungen über unsre Invalidenunterstützung gemacht hat, die auch jetzt noch der eingehenden Beachtung der Kollegen empfohlen sein können, die für die Unterstützungsanträge ein alzu großes Interesse bezeugen? Was in Bezug auf Eißlers gediegene Abhandlung natürlich nicht minder gilt. Man sieht also, daß auch durch Artikel vom Verbandsvorstand in „Korr.“ noch nicht alles liegt. Es braucht alles seine Zeit, am meisten die Erläuterung der Masse. Wir stellen uns den Weg zum Ziel immer kürzer vor. Dem Kollegen Karnahl scheint die Wegstrecke dahin auch recht kurz zu bünken.

## Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht.

### Zur Reichsversicherungsordnung.

Auf 321 Folienseiten ist dem Reichstage dieser Tage die Zusammenstellung des Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung mit den Beschlüssen der Kommission in zweiter Lesung zugegangen. Da die zukünftige Gestaltung der heutigen drei Sozialgesetze (Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung) von dem Ergebnisse der zweiten Lesung in der Kommission wesentlich abhängt, soll nachfolgend in gedrängter Kürze auf die Kommissionsbeschlüsse eingegangen werden. Zunächst ist zu bemerken, daß schon vielfach Stimmen laut geworden sind, die an eine Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung zweifeln. Mehrfach sind Zeitungsberichte zufolge soll jedoch die Regierung mit den Mehrheitsparteien eine Vereinbarung getroffen haben, nach der sofort nach Abschluß der Beratungen der Reichstag mit der zweiten Lesung beginnen soll, damit noch vor Pfingsten die dritte Lesung beendet würde. Ob dies bei dem umfangreichen Gesetzswerke möglich ist, bleibt noch sehr abzuwarten.

Was nun die Tätigkeit der Kommission anbelangt, so hatte dieselbe in der ersten Lesung einzelne Verbesserungen vorgenommen, geplante Verschlechterungen teilweise abgelehnt usw. Zwischen der ersten und zweiten Lesung begann dann die „Verhandlung“ (Kulissen-schieberei) unter den Mehrheitsparteien, und die vorgenommenen Verbesserungen wurden wieder gestrichen und dafür noch weitere Verschlechterungen eingefügt. Um die Leser damit vertraut zu machen, wollen wir zunächst übergehen zur

### Krankenversicherung.

Hier sind die Minimalleistungen nur bei der Wochenunterstützung — von sechs auf acht Wochen — erhöht worden. Im übrigen sind die über die Minimalleistungen hinausgehenden höheren Leistungen, ebenso die Einführung der Familienversicherung, in das Belieben der Rasse gestellt. Außer den zu gewährenden Brillen, Bruchbändern und ähnlichen kleineren Heilmitteln können die Rassen in Zukunft auch Hilfsmittel gegen Verunstaltung und Verkrüppelung zubilligen, die nach beendigtem Heilverfahren nötig sind, um die Arbeitsfähigkeit herzustellen oder zu erhalten. Ferner können als Krankenpflege noch andre als kleinere Heilmittel, insbesondere Krankenloft, gewährt werden.

Die Kürzung des Krankengeldes bei der Doppelversicherung sollte nach den Beschlüssen der ersten Lesung nur erfolgen, wenn dem Versicherten ein Rechtsanspruch auf die Krankenhilfe aus der andern Versicherung zustand. In der zweiten Lesung wurde die Bestimmung bezüglich des Rechtsanspruches zum Schaden der Versicherten wieder gestrichen.

Die Beiträge sollten nach dem Entwurf halbiert werden. Die Kommission hat es aber bei dem jetzigen Zustande belassen, der Versicherte zahlt zwei Drittel, der Arbeitgeber ein Drittel. Nur bei Jungmännern kann die Zahlung bestimmen, daß die Arbeitgeber und die Versicherten je zur Hälfte die Beiträge entrichten. Wird dies durch Änderung der Zahlung bestimmt, so bedarf der Beschluß der Mehrheit der Vertreter, sowohl der Arbeitgeber als der Versicherten.

Um in das Selbstverwaltungsrecht eingreifen zu können, bestimmte der Entwurf, daß als Vorsitzender nur derjenige als gewählt gelte, der die Mehrheit der Stimmen sowohl aus der Gruppe der Arbeitgeber als auch der Versicherten im Vorstand erhält. Kommt diese Mehrheit nicht zustande, so wird die Wahl auf einen andern Tag anberaumt. Kommt die Wahl auch in der zweiten Sitzung nicht zustande, so benachrichtigt der Vorstand das Versicherungsamt. Dieses bestellt dann einen Vertreter, der bis zu einer gültigen Wahl die Rechte und Pflichten des Vorsitzenden auf Kosten der Rasse ausübt. Hier fügte die Kommission noch hinzu, daß ein Arbeitgeber nur dann als Vertreter bestellt werden darf, wenn die Mehrheit der Gruppe der Arbeitnehmer keinen Einspruch erhebt, ein Arbeitnehmer nur, wenn die Mehrheit der Gruppe der Arbeitgeber von einem Einspruch absteht. Um die kleinen Gewerbetreibenden usw. neben den Arbeitern auch zu entrichten, soll als Arbeitgeber im Sinne der vorgenommenen Bestimmungen nicht gelten, wer nur Dienstboten oder unständige Arbeiter beschäftigt.

Für die Rassenangehörigen wird eine Dienstordnung aufgestellt. Sie regelt die Rechts- und die all-

gemeinen Dienstverhältnisse der Angestellten, ihre Zahl, die Art der Anstellung, die Kündigung oder Entlassung und die Festsetzung der Strafen. Hinzugefügt hat die Kommission noch den Nachweis ihrer sachlichen Befähigung. Kündigung oder Entlassung durfte nach dem Entwurf für solche Fälle nicht ausgeschlossen werden, in denen ein wichtiger Grund vorlag. Die Kommission hat hier u. a. noch hinzugefügt: „Angestellte, die ihre dienstliche Stellung oder ihre Dienstgeschäfte zu einer religiösen oder politischen Betätigung mißbrauchen, hat der Vorsitzende des Vorstandes, nachdem ihnen Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden ist, zu verwarren und bei Wiederholung sofort zu entlassen; die Entlassung bedarf der Genehmigung durch den Vorsitzenden des Versicherungsamts. Eine religiöse oder politische Betätigung außerhalb der Dienstgeschäfte und die Ausübung des Vereinsrechts dürfen, soweit sie nicht gegen die Gesetze verstoßen, nicht gebindert werden und gelten an sich nicht als Gründe zur Kündigung oder Entlassung.“ Die Aufsicht über die Krankenkassen führt das Versicherungsamts. Diesem hat die Kommission noch folgenden Eingriff in die Selbstverwaltung eingeräumt: „Liegt ein wichtiger Grund vor, einem Angestellten zu kündigen oder ihn zu entlassen, und macht der Vorstand von seinem Kündigungs- oder Entlassungsrechte keinen Gebrauch, so kann ihn die Aufsichtsbehörde dazu anhalten. Auf Beschwerde des Beamten entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig.“

Die Forderungen der Ärzte (Leipziger Verband) auf gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl sind nicht in Erfüllung gegangen. Die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten werden durch schriftlichen Vertrag geregelt. Die Bezahlung anderer Ärzte kann die Rasse, von dringenden Fällen abgesehen, ablehnen. Soweit es die Rasse nicht erheblich mehr belastet, soll sie ihren Mitgliedern die Auswahl zwischen mindestens zwei Ärzten freilassen. Wird bei einer Krankenkasse die ärztliche Versorgung dadurch ernstlich gefährdet, daß die Rasse keinen Vertrag zu angemessenen Bedingungen mit einer ausreichenden Zahl von Ärzten schließen kann, oder daß die Ärzte den Vertrag nicht einhalten, so ermächtigt das Oberversicherungsamt die Rasse auf ihren Antrag, statt der Krankenpflege oder sonst erforderlichen ärztlichen Behandlung eine bare Leistung bis zu zwei Dritteln des Durchschnittsbetrags ihres gesetzlichen Krankengeldes zu gewähren. Die Mittel der Rasse dürfen in Zukunft auch für allgemeine Zwecke der Krankheitsverhütung verwendet werden. Sollen jedoch Rassenmittel zu Rassenvereinigungen verwendet werden, so ist dazu die Zustimmung beider Gruppen im Vorstand erforderlich.

Im Anschluß an die zweite Lesung nahm die Kommission bei der Krankenversicherung noch eine dritte Lesung vor. Das Resultat derselben waren noch weitere Verschlechterungen, die namentlich die Landarbeiter betreffen.

### Invalidenten- und Hinterbliebenenversicherung.

Außer den zu gewährenden Renten kommt als vorzubeugende Maßnahme bekanntlich das Heilverfahren in Betracht. Wurde schon bisher darüber gellagt, daß einzelne Versicherungsanstalten alljährlich fast ein Drittel bis die Hälfte der das Heilverfahren beantragenden zurückweisen, so werden sich diese Plagen in Zukunft nur noch mehr. Es wird nämlich bestimmt, daß, soweit der Vorschlag für das Heilverfahren oder die Invalidenhauspflge sieben vom Hundert der Beitragsmaßnahmen überschreitet, die Überschreitung der Genehmigung des Reichsversicherungsamts bedürfe. Weder eine Erhöhung der Invalidenten- und Altersrenten noch auch der Witwen- und Waisenrenten hat die Kommission beschlossen. Nur wenn der Empfänger der Invalidentenrente Kinder unter 15 Jahren hat, so erhöht sich die Invalidentenrente für jedes dieser Kinder um ein Zehntel, bis zu dem höchstens anderthalbfachen Betrage der Rente. Dafür ist aber auch gleich eine weitere Beitragserhöhung beschlossen worden. Während nach dem Entwurf an Wochenbeiträgen 16, 24, 30, 38 und 40 Pf. erhoben werden sollten, schlägt die Kommission 16, 24, 32, 40 und 48 Pf. vor. Heute betragen bekanntlich die Beiträge 14, 20, 24, 30 und 36 Pf.

Die Entziehung der Invalidenten- oder Witwenrente konnte nach dem Entwurf erfolgen, wenn infolge einer Änderung in den Verhältnissen des Empfängers derselbe nicht mehr als Invalide im Sinne des Gesetzes anzusehen war. Die Kommission verlangt hier eine wesentliche Änderung in den Verhältnissen. Öffentlich trägt dieser Beschluß dazu bei, den Rentenempfängern die geringen Renten nicht bei den ersten sich bietenden Gelegenheiten wieder zu entziehen.

### Unfallversicherung.

Was vorstehend von der gewünschten Erhöhung der Invalidentenrenten usw. angeführt worden ist, trifft auch für die Unfallversicherung zu. An entsprechenden Verbesserungsanträgen hat es hier wie auch bei den ersten beiden Versicherungszweigen nicht gefehlt; leider verhielten sich die bürgerlichen Parteien überall ablehnend.

Die Unfallversicherung ist in den Kommissionsbeschlüssen noch etwas erweitert und auf den Werkerei-, Dekorateur-, Steingewerbetreibenden und Expeditionsbetrieb usw. mit ausgedehnt worden. Dann kann auf Beschluß des Bundesrats die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufsstände ausgedehnt werden. Besser wäre es schon, die Ausdehnung auf die Berufsstände würde gleich gesetzlich vorgenommen und nicht erst in das Belieben des Bundesrats gestellt.

Weiter Entscheidungspflicht ist festgesetzt, daß verbotswidriges Handeln die Annahme eines Betriebsunfalls nicht ausschließt. Während der Lohn bisher bis zu 1500 Mk. voll angerechnet wurde, soll dies in Zu-

kunst bis 1800 Mt. gesehen. Soweit der Jahresarbeitsverdienst den letzteren Betrag dann übersteigt, kommt er für die Rentenberechnung nur mit einem Drittel in Anrechnung. Uneheliche Kinder waren bisher im Falle des Todes des Vaters nicht rentenberechtigt. Es soll diesen Kindern in Zukunft ebenfalls eine Rente von 20 Proz. zustehen, soweit der Verstorbene dem Kinde nach gesetzlicher Pflicht Unterhalt gewährte.

Bezüglich der Unfallverhütung hat die Kommission beschlossen, daß alljährlich der Vorstand der Berufsgenossenschaft unter Hinzuziehung von Vertretern der Versicherten zu den Berichten der technischen Aufsichtsbearbeiter Stellung zu nehmen und die Maßnahmen anzuregen haben, die zur Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften geboten erscheinen. Zur Überwachung der Betriebe sollen auch Personen angeestellt werden können, die früher den versicherten Betrieben als Arbeiter angehörend haben. Es bleibt jedoch abzuwarten, in welcher Weise die Berufsgenossenschaften bei Annahme des Gesetzes die letztere Bestimmung beachten.

Die Ansprüche auf Rente müssen vor Ablauf von zwei Jahren vom Tode des Unfalls ab erhoben werden. Später kann der Anspruch noch geltend gemacht werden, wenn eine neue Folge des Unfalls, die einen Entschädigungsanspruch begründet, erst später, oder eine innerhalb der Frist eingetretene Folge nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Unfall in wesentlicher höherem Maße, wenn auch in ganz allmählicher gleichmäßiger Entwicklung des Leidens, bemerkbar geworden ist. Der Anspruch ist dann innerhalb drei Monaten anzumelden, nachdem die neue Unfallfolge oder die wesentliche Verschlimmerung eingetreten ist. Hierin liegt eine geringe Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustande.

Dafür wurde aber die Rechtsprechung verschlechtert. In Unfallsachen ist der Refus nämlich mit der Einschränkung beibehalten worden, daß eine Anzahl Streitfälle von dem Refusverfahren ausgeschlossen bleiben. Dagegen ist in Sachen der Kranken- und Invalidenversicherung das Reichsversicherungsamt nur als Revisionsinstanz zuständig. Dann aber sind auch hier noch Streitfälle von dem ganz und gar mangelhaften Revisionsverfahren ausgeschlossen.

Gegen die Vorlage in der jetzigen Gestalt gilt es nun noch, die Verhärten aufzuräumen und sie zu einem energischen Proteste gegen die geplante Entzweiung — namentlich bei der Krankenversicherung — zu veranlassen. Wie aus der Nr. 36 des „Storr.“ hervorgeht, hat bereits eine Reichskonferenz der Krankenkassen zu dem Entwurfe Stellung genommen. Dieser Konferenz wird noch ein großer Krankenkassenkongress folgen. Ob man die Wünsche der Versicherten dann noch berücksichtigen wird, bleibt abzuwarten.

Halle a. S. M. Gildenberg.

## Aus dem Genossenschaftsleben.

### Der Stand des europäischen Konsumvereinswesens.

Das „Internationale Genossenschaftsbulletin“ läßt als Publikationsorgan des Internationalen Genossenschaftsbundes einen interessanten Blick tun in den Stand des europäischen Konsumvereinswesens, soweit hierüber statistische Angaben zu erlangen waren. Leider liegt hier sogar bei einzelnen Hauptländern noch manches im argen, denn brauchbare statistische Nachweise lieferten bis jetzt nur Deutschland, Großbritannien und die Schweiz, während Frankreich, Österreich, Belgien, Dänemark ziemlich lange hintennach blinzelten. Für das Erhebungsjahr 1900 ist es besser geworden. Und so erhält man jetzt wenigstens Mitteilungen über den Stand der Dinge aus sieben europäischen Hauptländern, wobei leider Österreich noch nicht vertreten ist. Die folgende Tabelle

Länder	Anzahl der bestehenden Konsumvereine	Anzahl der Mitglieder	Summe der Umsätze in 1000 Mt.
Belgien . . . .	301	379	250100
Dänemark . . .	ca. 1300	800	113085
Deutschland . .	2270	1405	1334444
Frankreich . . .	2636	2583	762268
Großbritannien .	ca. 1450	1430	2469039
Schweden . . . .	ca. 530	376	65421
Schweiz . . . .	ca. 550	290	204254
<b>Total</b>	<b>9127</b>	<b>7203</b>	<b>5193617</b>

\* Die in Klammern beigefügten Afsen geben die Zahl der Vereine an, auf die sich die Umsatzziffern beziehen.

zeigt, daß Frankreich die größte Zahl Konsumvereine besitzt. Im zweiten Range folgt Deutschland, im dritten erst Großbritannien. Dann kommt das kleine Dänemark mit nicht weniger als 1300 Vereinen. Im weiten Umfange davon folgen die Schweiz, Schweden und schließlich Belgien. Dagegen überragt Großbritannien hinsichtlich der Mitgliederzahl Deutschland um weit über eine Million und Frankreich um über das Dreifache. Über den Mitgliederbestand der deutschen Konsumvereine ist indes zu bemerken, daß derselbe sich nur auf zwei Drittel der vorhandenen Konsumvereine bezieht, während vom übrigen Drittel, fast nur aus kleinen und kleinsten Vereinen bestehend, keine Angaben zu erlangen waren. Bei den Umsätzen ist das Übergewicht Großbritanniens noch weit ausgesprochen. Die britischen Konsumvereine haben einen ungefähr viermal größeren Umsatz als die deutschen und einen um siebenmal größeren

## als die französischen Konsumvereine. Ein deutlicheres Vergleichsbild geben übrigens die folgenden Durchschnittsziffern:

Länder	Es hatte im Durchschnitt ein Verein		Ein Mitglied konsumierte durchschnittl. Mt.
	Mitglieder	Umsatz in Mt.	
Belgien . . . .	659	146536	222,3
Dänemark . . .	141	57019	404,2
Deutschland . .	950	254014	267,3
Frankreich . . .	295	79016,2	267,8
Großbritannien .	1726	983427,6	569,7
Schweden . . . .	174	80097	460,3
Schweiz . . . .	704	244967	347,8

Daraus geht hervor, daß in Großbritannien die Konsumvereine weitaus die größte Mitgliederzahl haben, und daß erst in weitem Umfange Deutschland, die Schweiz, Belgien, Frankreich, Schweden und Dänemark folgen. Dagegen verändern sich die Zahlen wieder ganz bedeutend beim Durchschnittsumsatz der einzelnen Mitglieder, wobei zwar Großbritannien auch wieder die Führung übernimmt. Aber in nicht sehr großem Umfange folgen Schweden und Dänemark, nach ihnen die Schweiz, während der Durchschnittssatz der deutschen Konsumvereinsmitglieder und der französischen mit fast gleichen Zahlen noch nicht die Hälfte der britischen aufweist und gleich nach ihnen Belgien an letzter Stelle steht.

Bei diesem letzteren Vergleich stehen wir in Deutschland in ziemlich ungünstiger Position, was man allerdings schon längst auf ohne den vergleichsstatistischen Nachweis wußte. Aber vom Wissen sollte es zum Bessermachen kommen. Nachgewiesenermaßen muß der Arbeiter für sich und die Familie in den Groß- und Mittelstädten jährlich mindestens 700—1000 Mt. für solche Waren und Gebrauchsartikel ausgeben, die man fast in jedem Konsumvereinsladen haben kann. Stellt man noch hinzu, daß den deutschen Konsumvereinen, insbesondere im Süden, eine große Schicht sozial besser gestellter und darum kaufkräftigerer Konsumenten — Beamte, Gewerbetreibende usw. in Zahl von 200000 bis 250000 — angehören, die in weit höherem Maße als die Arbeiter selbst die Vorteile des Konsumvereins durch den Einkauf sich zu sichern wissen, so wird die deutsche Durchschnittsziffer noch kläglich.

Es sollte insbesondere auch unsern eignen Kollegen nicht lange auseinandergesetzt werden müssen, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit die geschäftliche Ausdehnungsmöglichkeit der Konsumvereine progressiv in Verhältnis des Umsatzes steigt. Denn die Gesamtheit der Verwaltungskosten steigt langsam nicht in dem Maße mit, als die aus steigenden Umsätzen zu erzielenden Überschüsse. Dieser Umstand ist natürlich nicht in erster Linie vom Standpunkte rein materiellen Interesses aufzufassen, wenn dieser auch nicht ganz aus der Reihe der notwendigen Entwicklungsfaktoren jedes Konsumvereins ausgeschlossen werden soll und kann, denn es gilt auch hier und vielleicht mit noch größerem Recht als für die Unternehmer das Wort Bebel's: „Vom Profite raucht der Schornstein!“

Aber neben dem berechtigten Eigeninteresse stehen noch die weitergehenden Aufgaben des Konsumvereinswesens auf sozialem Gebiet und auf dem der sogenannten Eigenproduktion. In dem Maße, als die Konsumvereinsmitglieder — und in diesem Falle vor allem die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter — ihre Umsätze steigern, wird es auch den einzelnen Konsumvereinen mehr als seither möglich sein, bei Aufrechterhaltung der verhältnismäßigen wirtschaftlichen Leistung an die Mitglieder wirtschaftlich vorbildliche Arbeitsverhältnisse für das Personal zu schaffen und den mehr oder weniger noch idealisierten Gedanken der Eigenproduktion in größerem Maßstabe zu realisieren. Es ist nicht möglich, die Konsumvereine zu immer größeren Leistungen auf sozialem und geschäftlichem Gebiete zu veranlassen, ohne die absolut nötige Unterlage zu schaffen. Hieran hat es seither gefehlt. Freilich nicht an den Forderungen und deren Erfüllung, aber an der Verstärkung der Unterlagen.

Man stelle sich einmal vor, daß der Durchschnittsumsatz eines Mitglieds nicht 267 Mt., sondern mindestens 700 Mt. betragen würde — was durchaus möglich ist bei allen Konsumvereinen im ganzen Deutschen Reiche —, welcher Fortschritt damit erzielt werden könnte! Für 1500000 Mitglieder würde dies einen Gesamtumsatz von 1 Milliarde und 50 Millionen ergeben, woraus sich etwa der vier- bis fünffache Ertrag gegen seither berechnen ließe, da die Untkosten bei steigendem Umfange sich verhältnismäßig verringern. Die Klüßigkeit für die Mitglieder würde bei gleichbleibendem Prozentverhältnis auf mindestens das Doppelte des seitherigen Satzes steigen, zugleich aber würden den Vereinen für Umsatzgestaltung der Arbeitsverhältnisse nach oben, für die Reserve, Hausbau, Produktions- und Dispositionsfonds solche namhafte Summen zufließen, daß bisher unmögliche Aufgaben in Angriff genommen und spielend gelöst werden könnten. Natürlich kommt man mit Wem und Über nicht weiter. Mögen einmal unsere Kollegen sich den Ehrennamen der Pioniere auf diesem allgemeinen Wirtschaftsgelbete verdienen. Die internationale Konsumvereinsstatistik zeigt, daß Gelegenheit dazu vorhanden ist.

## Aus den Jahresberichten 1910. Sparten.

### b) Maschinenseker.

Dresden. Aus dem Jahresbericht unsrer Vereinigung, der auch einen Rückblick auf das verlossene erste Jahrzehnt des Bestehens unsrer Vereinigung enthält, sei folgendes erwähnt: Die ersten Zeilensetzer- und Gießmaschinen (Linotype) wurden 1888 in den „Dresdner Neuesten Nachrichten“, dem „Dresdner Anzeiger“ usw. aufgestellt. Während im Jahre 1900 25 Maschinen (woran 17 Mitglieder unsrer Vereinigung) in 6 Orten bei 13 Firmen vorhanden waren, ist diese Zahl jetzt (1910) auf 111 Maschinen (128 Mitglieder) in 23 Orten bei 45 Firmen gestiegen. Das Jahr 1906 brachte uns zwei neue Systeme (Elektrotypograph und Lanston-Monotype). Der Elektrotypograph verfiel bald wieder aus der einzigen Druckerei, die ihn aufgestellt hatte. Die Lanston-Monotype erhielt sich jedoch um so lebensfähiger: Ende 1910 waren 11 Zaster und 7 Gießmaschinen in Tätigkeit. 1906 wurden auch die Kastenbeisenden Maschinen abgebrochen. Die Horne ist noch in einem Exemplare vertreten. An Hand von Zeichnungen und Modellen wurden Vorträge über die Linotype, den Typograph, die Monoline und die Monotype sowie über Orthographie, Zusammenfügung des Metalls usw. gehalten. Fachblätter und Neuerungen aus dem Segmaschinergebiete lagen in den Versammlungen aus. Der Bericht bringt weiter noch eine Statistik über alle Orte und Firmen im Gau, wo Segmaschiner aufgestellt sind. In den 111 Segmaschiner sind 161 Sezer und 1 Sezerin beschäftigt. Die Zahl der Mitglieder unsrer Vereinigung ist um 14 gewachsen, sie betrug Ende 1910 128. Die Versammlungen waren durchschnittlich von der Hälfte der Mitglieder besucht.

Essen. Die Maschinensekervereinigung Rheinland-Westfalens konnte ebenfalls im Berichtsjahr auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Von der gewaltigen Umwälzung, die sich innerhalb des letzten Jahrzehnts im Buchdruckgewerbe durch die Segmaschine vollzog, legt auch die Tatsache Zeugnis ab, daß die Gauervereinigung am Ende des Jahres 1910 432 Maschinenseker umfaßte. Gegenüber dem Vorjahre war eine Zunahme von 30 Mitgliedern zu verzeichnen. Die abgehaltenen vier Versammlungen (eine ordentliche und eine außerordentliche Generalversammlung sowie zwei Quartalsversammlungen) waren prozentual gut besucht. Vorträge wurden gehalten vom Kollegen Mörcht über: „Die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe und die Segmaschinerfrage“ sowie vom Kollegen Dethloff (Hagen) über: „Die Entwicklung der Segmaschiner“ (mit Lichtbildern). Die Versammlungen fanden statt in Essen, Elberfeld, Krefeld und Bochum. Zu der in Essen abgehaltenen Gründungsfeier hielt Kollege Quick (Berlin) die Festrede.

Mensbura. Das abgelaufene Jahr gekrönte sich für den Maschinensekerverein für Schleswig ruhig. In bezug auf die Ausbreitung der Segmaschine ist festzustellen, daß die überwiegende Mehrzahl der Setzungsbetriebe zur Sachherstellung auf maschinellem Wege übergegangen ist, und es nur eine Frage kurzer Zeit sein wird, daß die Segmaschine diesen bedeutendsten Zweig des Buchdruckgewerbes im Gebiete unsres Vereins sich völlig erobert haben wird. Insgesamt sind in unserem Vereinsgebiete 25 Segmaschiner in Tätigkeit, darunter 10 Linotypes, 10 Typographen, 5 Monolines. An diesen Maschinen werden insgesamt 30 Kollegen beschäftigt, von welchen 23 unsrer Spezialorganisation angehören. Im abgelaufenen Jahre wurden vier Versammlungen (drei in Flensburg, eine in Apenrade) abgehalten. Die Versammlung in Apenrade war mit einer Besichtigung des dortigen Elektrizitätswerks verbunden, bei welcher Gelegenheit der Direktor des Werks unsern Mitgliedern über das Wesen und die Behandlung des Elektromotors einen Vortrag hielt. Der Besuch der Versammlungen war ein besriedigender. — Frankfurt a. M. Das verlossene Geschäftsjahr hat die Vereinigung der Maschinenseker im Gau Frankfurt-Oessen ein gutes Stück vorwärts gebracht. Das ergibt sich vor allem aus der ständig wachsenden Mitgliederzahl und aus der Tatsache, daß die einzelnen Vereine über reges Interesse an den Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen berichten konnten. Die vorjährige Generalversammlung beschloß auf Antrag Frankfurts, für die Gauervereinigung einen besonderen Vorstand einzusetzen, um den Frankfurter Vorstand, der bis dahin die Geschäfte führte, zu entlasten. Am Schlusse des Jahres 1910 waren 98 Mitglieder vorhanden, gegen 82 im Vorjahre. Es zählt der Frankfurter Verein (einschließlich Hanau, Friedberg und Bad Nauheim) 64 Mitglieder, der Offenbacher Verein 18, der Maschinensekerklub Gießen 10; Einzelmitglieder sind in Dillenburg 2, in Fulda 1 und in Marburg 3. Die Maschinenseker im Bezirke Kassel haben ihre eigene Spezialorganisation. In unserm Vereinsgebiete sind fähig an der Maschine beschäftigt: 99 Linotypenseker, 81 Typographen, 6 Monolineseker, 2 Zaster und 2 Gieser an der Monotype. Nur zeitweise waren beschäftigt 20 Gieser und 3 im Lehrverhältnisse stehende. Insgesamt sind also an Segmaschiner 154 Personen beschäftigt, darunter ein Prinzipalsohn, ein Lehrling im letzten Lehrjahre und ein Kaufmann, der in einer chemischen Werkstatt arbeitet, die nur für den Hausbedarf Seg und Wälze für die einzelnen Abteilungen vorfertigt herstellen läßt. Es bleiben also 151 Organisationsfähige, und von diesen sind nur 98 spezialorganisiert, also rund 65 Proz. Dem Verbands gehören 143 Kollegen an. Am Vororte Frankfurt a. M. wurden acht Versammlungen abgehalten, in denen ein

Vortrag gehalten wurde von Dr. med. Wagner über „Sehstörungen“ und zwei Vorträge vom Kollegen Porten über das Werk Dr. Beyers. Das Technische wurde durch verschiedene Erklärungen in den Versammlungen sowie durch einen Demonstrationsvortrag vom Kollegen Hiltor (Offenbach) gepflegt. Der Versammlungsbesuch wies eine erfreuliche Wendung zum Besseren auf. Der Bezirksverein Offenbach berichtet, daß der Versammlungsbesuch im Laufe des Jahres mittelmäßig, dagegen am Ende besser war. Die Kollegenvereine Frankfurt und Offenbach arbeiten harmonisch miteinander und wurden die Veranstaltungen daher gegenseitig unterstützt. Acht Versammlungen wurden abgehalten. Technische Vorträge fanden in allen Versammlungen wie auch an Maschinen statt. Außerdem hielt Kollege Porten (Frankfurt a. M.) ein Referat über: „Tarif und Maschinensteuer“. Von arrangierten Besichtigungen seien hervorgehoben diejenigen der Ausstellung der Wertgenitaler Seznamaschinenfabrik und der Schriftgießerei Stempel in Frankfurt a. M. Die Fachbibliothek weist ein reichhaltiges Material auf. Einige wertvolle Bücher wurden von Kollegen gelistet. — Freiburg i. B. Die Oberheinische Maschinenfabrikvereinigung kann auf das Jahr 1910 mit Befriedigung zurückblicken. In sechs zum Teil sehr gut besuchten Versammlungen wurden die Vereinsgeschäfte erledigt. In jeder Versammlung nahmen die Punkte „Mittelungen“ und „Technisches“ einen breiten Raum ein; gab es doch fast immer etwas Neues auf dem Gebiete der Seznamaschine zu berichten. Desgleichen lösten die von auswärts kommenden Anfragen technischer und tariflicher Art — die jeweils zur Beipredung kamen — eine rege Diskussion aus, die manchen Irrtum bei diesem und jenem beseitigte. Im Vereinsjahre hat sich die Zahl der Seznamaschinen um fünf vermehrt. Die Generalversammlung in Lörrach gestaltete sich zu einer internationalen; Kollegen aus der nahen Schweiz waren unserer Einladung gefolgt, so von Basel, Luzern und Zofingen. Von verschiedenen stattgehabten Vorträgen sei besonders jener in Freiburg gehalten über „Die Entwicklung der Seznamaschinen“ (mit Lichtbildern) erwähnt. Die Mitgliederzahl sank im Berichtsjahre, hauptsächlich infolge Konditionswechsels, von 53 auf 45.

**Görlitz.** Im Laufe des Vereinsjahres haben in der Maschinenfabrikvereinigung für den Bezirk Görlitz zehn Versammlungen stattgefunden, die einen befriedigenden Besuch aufzuweisen hatten. Vor mehreren Versammlungen fanden Besichtigungen des Fabrikneuers „Zuverlässig“, der Annotype (nun.) sowie der Monotype statt, die bereitwillig gestattete wurden. Unter „Technisches“ wurden die neuesten Verbesserungen der Seznamaschinen an der Hand von Illustrationen und Druckmaschinen mit Interesse verfolgt. Der Mitgliederstand erhöhte sich von 9 auf 17.

**Hamburg.** (Norddeutscher Maschinenfabrikverein.) Die Anteilnahme der Mitglieder am Vereinsleben des vorstehenden Jahres war eine sehr rege. Fast alle Versammlungen und Kollegialen Veranstaltungen erzielten sich eines guten Besuchs. Die Mitgliederzahl stieg von 215 zu Anfang des Jahres auf 261 am Schlusse desselben. Eine gegen Jahreschluss aufgenommene Statistik ergab einen rapiden Zuwachs an Seznamaschinen gegenüber dem Vorjahre. Betrag in 1000 die Zunahme 14, so schnell diese Zahl 1910 auf 44 Maschinen empor. In unserm Vereinsgebiete sind damit 196 Maschinen in Betrieb, an denen 300 Kollegen beschäftigt werden, von denen 280 dem Verbande, 261 der Sparte und 11 keiner oder andern Organisationen angehören. In Vorträgen wurden gehalten: „Unsre Schiedsgerichte“ (Kollege Fr. Kumpfer), „Die Generalversammlung des Verbandes 1911 und die Sparten“ (Kollege Robert Braun Berlin), „Auf dem Wege zur einheitlichen Rechtsprechung“ (Kollege Bröpper, Korrektor). Der Vorstand war bemüht, durch Bekanntgabe von Neuerungen und Verlesen hierauf bezüglicher Artikel aus der Fachliteratur die Versammlungen belehrender zu gestalten. Besichtigt wurden die Ideal- und Doppelmagazinnotype sowie die Victorline. Die dem Norddeutschen Maschinenfabrikverein angeschlossenen Mitgliedschaften nahmen an den Vorgängen am Vororte regen Anteil, was besonders von Lübeck zu sagen ist. Der dortige Maschinenfabrikklub trat der Typographischen Vereinigung als korporatives Mitglied bei. Weiter gestaltete sich das Vereinsleben zu einem recht lebhaften durch ausgiebige Pflege des Technischen, Veranstaltung von Vorträgen und Besichtigungen.

## Korrespondenzen.

**Berlin.** Eine außerordentliche Generalversammlung des Berliner Gauvereins am 29. März beschäftigte sich mit der Auffstellung von Kandidaten zur Wahl von Delegierten zur Generalversammlung des Verbandes. Zur Auffstellung gelangten 36 Kollegen, von denen 22 durch Urwahl zu wählen sind. Vor Erledigung dieser Aufgabe stimmte die Versammlung noch einmütig dem Antrage des Gauvorstandes zu, den im Tarifkampfe stehenden finnischen Buchdruckern aus der Vereinstafel die Summe von 5000 Mk. zu überweisen. Ferner erhielt der Gauvorstand Blankovollmacht, falls erwähnte Summe nicht ausreichen sollte, später noch einmal 5000 Mk. anzuweisen zu dürfen, doch soll in diesem Falle das Geld durch einen vier Wochen lang um je 20 Pf. erhöhten Beitrag wieder eingebracht werden. Wie der Vorsitzende Masfanti unter lebhaftem Beifalle der Versammlung ausführte, wollen die Berliner Buchdrucker mit diesem Beschlusse beweisen, daß die internationale Solidarität kein leerer Wahnsinn ist.

**Chemnitz.** (Maschinenfabrikverein.) (Vierteljahrsbericht.) Am 25. Februar feierte der Verein sein diesjähriges Stiftungsfest in Gestalt eines Herrenabends. Der erste Teil desselben fand eine würdige Einleitung durch ein vorzügliches Referat des Kollegen Schäffer, welches mandes fruchtbarere Saat für uns brachte. Den Kollegen, die den zweiten Teil, das Humoristische, verschönern halfen, sei an dieser Stelle noch herzlich gedankt. — In der am 25. März stattgehabten Monatsversammlung wurden die Kollegen durch den hierorts anfassigen Stellvertreter der Chr. Hofmann-Steinbergischen Farbenfabrik (Celle), Herrn Bötsch, auf ein neues Präparat der Firma, eine Mattpaste, hingewiesen, mit welcher es möglich ist, Illustrationen und andre Drucke auf glänzenden Papieren matt zu machen. Der Vortrag, über den Bräugebräu, in dem die Kollegen Weyer und Pilz ihre Erfahrungen und Kenntnisse zum Besten geben, verdient ebenfalls volle Anerkennung. Zu bedauern ist der schwache Versammlungsbesuch, der den Eindruck nicht ganz vermisslich, daß sich mancher Kollege glaubt über eine Auffklärung und Belehrung in technischen wie tariflichen Angelegenheiten hinwegsetzen zu können. Als Delegierter für den Maschinenfabrikverein in Hannover wurde Kollege Zimmermann bestimmt. Vertreter ist Kollege Pilz. Die Leipziger Zeitung findet am 7. Mai statt.

**Dauzig.** Die am 22. März stattgehabte ordentliche Monatsversammlung des hiesigen Ortsvereins, welche von etwa 160 Kollegen (bei einer Mitgliederzahl von 276) besucht war, nahm zunächst das Programm des Vergnügungskomitees entgegen, welches einen gemeinsamen Ausflug am Himmelfahrtstage, das Johannisfest, Stiftungsfest und eventuell eine Matinee vorsieht. Offenbar, daß der gute Geist, der die seit langem wieder einmal an einem Wochentage tagende Versammlung besetzte, als ein gutes Omen für die Zeit angesehen sein möge, in welcher die Wogen unseres Gewerkschaftslebens höher als sonst gehen. Der Versammlungsbesuch ist die erste Pflicht eines Verbandskollegen. Weiter wurde als Kandidat zur Verbandsgeneralversammlung in Hannover Gauvorsteher Fr. Nagroch, als Stellvertreter die Kollegen R. Hannemann und G. Jango nominiert. Den weitestgehenden Raum der Verhandlungen beanspruchte die Stellungnahme zur Tarifrevision. Mit den Vorbereitungen hatte sich eine dreizehngliedrige Kommission in mehreren Sitzungen eingehend beschäftigt, sie legte der Versammlung den Entwurf der Beratungen zur Beschlußfassung vor. Ein wie großes Interesse die Danziger Kollegen gerade in diesem Punkte der Tagesordnung entgegenbrachten, bewies der gute Besuch der Versammlung und namentlich die zahlreichen Wortmeldungen. Mit einigen unmerklichen Änderungen wurden dann die Vorträge unter Annahme einer entsprechenden Resolution genehmigt.

**Dresden.** Mit den Anträgen zur Generalversammlung des Verbandes beschäftigte sich die am 23. März abgehaltene Mitgliederversammlung. Einleitend bemerkte der Vorsitzende Wendische, daß auch dieses Mal so viel Vorträge eingegangen seien, wie man es, der jetzigen Situation angemessen, kaum erwartet hätte. Redner betonte, daß die heutige Versammlung bei Beratung der Anträge keine bindenden Beschlüsse fassen könne, sondern daß die hier gepflogene Aussprache nur den Zweck habe, unsern zu wählenden Delegierten die Stimmung resp. Ansicht der Mitgliedschaft mit auf den Weg zu geben. Er empfahl, bei Behandlung der ganzen Anträge über die einzelnen Punkte nur eine Generaldiskussion herbeizuführen und von eingehender Beratung abzusehen. Den weitesten Raum unserer Versammlung nahm die Diskussion über das Für und Wider eines größeren Mitbestimmungsrechts der Mitglieder bei Neuabschlüssen von Verträgen ein. Der von Berlin und Hannover zu § 27 beantragte neue Absatz wird als die glücklichste Lösung dieser Frage betrachtet und den aufzustellenden Kandidaten empfohlen, in Hannover dafür einzutreten. Die zur Abänderung unseres Verbandsstatuts gestellten Anträge lösten ebenfalls eine rege Debatte aus. Auf die einzelnen Wünsche der Redner aber hier näher eingehen, erübrigt sich wohl. Unfre Delegiertenkandidaten sind ja vom Willen der Dresdener Mitgliedschaft unterrichtet und werden in Hannover schon ihr Möglichstes tun, um ihren Auftraggeber in der notwendigen Weise Rechnung zu tragen. Die nächste Versammlung wird die Beratung fortsetzen, und zwar da beginnen, wo die materiellen Wünsche und Hoffnungen einsetzen — bei den Unterstützungsfragen. Als Kandidaten wurden aufgestellt die Kollegen Bauer, Gahn, Lehmann, Nisch, Reichenbach, Steinbrück, Weise, Wendische, Wehel. Für die Invalidenkasse die Kollegen Nisch, Steinbrück und Wendische. Der Aufruf unseres Verbandsvorstandes in Nr. 33 des „Korr.“ zur Unterstützung der im Abwehrkampfe sich befindenden finnischen Kollegen fand den kräftigsten Widerhall in der Versammlung. Einmütig wurde beschlossen, im weitesten Maße den kämpfenden Berufsgeoffenen finanzielle Hilfe anzubieten zu lassen, um der gerechten Sache zum Siege zu verhelfen. Der Gauvorstand sandte 600 Mk. als erste Rate und wird weitere Beträge nach Bedarf aus Mitteln der Gaukasse folgen lassen.

**r. Hamburg.** Am 4. April bezieht der im „Hamburger Echo“ beschäftigte Seherkollege Hermann Hinrichs sein 50jähriges Berufsjubiläum. Der Jubilar, ein geborener Hamburger, hat in früheren Jahren in verschiedenen Vertrauensämtern für die Interessen des Verbandes gewirkt. Möge der Jubilar noch recht viele Jahre im Kreise seiner Kollegen tätig sein und ihm desto ein sorgenloser Lebensabend beschieden sein!

**s. Gomburg v. d. S.** Am 26. März veranstaltete unser Ortsverein eine Monatsversammlung in Oberurfel. Erschienen waren 21 Mitglieder, die mit lebhaftem Interesse den Bericht des Vorsitzenden über den Gantag in Frankfurt a. M. entgegennahmen. Daran knüpfte sich eine rege Aussprache. Eine Sammlung zugunsten der finnischen Kollegen ergab mit einem vorläufigen kleinen Ortskassenbeitrag die Summe von 10 Mk.

**J. Konstantz.** Trotz der sehr reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung hatten es nicht mehr als etwa 45 Kollegen (von 80) für nötig befunden, der Einladung zu der am 25. März abgehaltenen Ortsvereinsversammlung Folge zu leisten. Den Hauptpunkt bildete der Vortrag des Kollegen Reghäuser über die „Verkürzung der Arbeitszeit“. Der Redner verstand es, in seinen Ausführungen die Anwesenden zu fesseln und erntete für seinen interessanten und lehrreichen einflussreichen Vortrag reichen Beifall. Als Delegierter zur Generalversammlung wurde unser Vorsitzender Volz vorgeschlagen und einstimmig akzeptiert. Für die streikenden finnischen Kollegen wurden aus der Ortskasse 25 Mk. bewilligt.

## Rundschau.

**Verichtigung.** In Nr. 34 des „Korr.“ ist unter „Rundschau“ davon die Rede, daß ich von dem Tarifant einen „unerschrocken hohen“ Schadenersatz im Betrage von 70000 Mk. verlange. Ich habe für den mit etwa zu erzielenden Schaden überhaupt noch keine Summe angegeben, mich auch nie dahin ausgesprochen, daß ich eventuell einen Schadenersatz in dieser Höhe beantragen würde. Berlin, den 30. März 1911. Fr. Killeßen, Buchdruckereibesitzer.

Die Verlegung des Gauvororts des Gau Rheinlands-Westfalen von Essen nach Köln wurde auf dem am 26. und 27. März in Dortmund abgehaltenen Gantag unserer Mitglieder in Rheinlands-Westfalen mit 70 gegen 15 Stimmen zum Beschluß erhoben. Vierzig Jahre lang war Essen Gauvorort.

Eine blinderische Hausagitation unter den Auslernenden soll nun dem Sicherheitsventile frischen Dampf zuführen, denn auch die ausländischen Filialen vermögen keine neuen Seiten der Mitgliederliste zu füllen. Ein in Stille des bekannten Reichsverbandes gehaltenes Flugblatt muß mit seinem rohen, die jungen Semiler vergiftenden Inhalt und einem unglaublichen Lügen-gereimel seit Wochen die Vorarbeit verrichten. Dann legt die Hausagitation ein, die nicht etwa vor dem religiösen Empfinden respektvoll halt macht, sondern es in den Schmutz eines ganz gewöhnlichen Mitgliederfischers zieht. Wenn das nicht geht, folgt die mit noch schädlicheren Mitteln betriebene Bearbeitung der Auslernenden und deren Eltern mit unsauberen parteipolitischen Argumentationen. Schließlich wird über die Unterstellungen des Gutenbergs über der Wahrheit und den wirklichen Tatsachen vollends der Garaus gemacht. Das Ganze ist eine in den niedersten Sphären der Demagogie sich bewegende Stimmungsmache für eine oberflächliche Sache. Von dem „Korr.“ wird gesagt, er habe „dem Sinne nach“ eine bestimmte Auslassung gebracht, die trotz der selbst angezeigten Unaufrichtigkeit aber in Gänze geäußert gebracht wird, und das, obwohl der Pamphletist genau weiß, daß es sich um eine falsch wiedergegebene Redeblüte aus einer Versammlung handelt. Es ist etwast, ein solches Treiben zu beobachten; widerlicher noch, wenn man sieht, daß solche schmutzigen Praktiken mit der Deklaration der christlichen Gewinnung versehen werden. Wir bemerken schon vor einigen Wochen, daß diese blinderische Agitation sich hauptsächlich auf die Zentrumsgegenenden konzentrieren wird. Hoffentlich halten unsere Kollegen dort (aber auch sonst, wo der Gutenbergsbund Mitglieder hat) die Augen offen, damit auch diese Werberarbeit für die Kay ist wie die mit der Endelbrotschüre im vergangenen Jahr. Und nach dieser bis in alle moralischen Untiefen herabsinkenden Methode wäre auch die Bearbeitung in der Lehrlingsabteilung vor sich gegangen! Im Geheimen und im abgeblagten Maßstab wird dieser Vergiftungsprozess der Jugend ab aber doch betrieben. Darüber aber ein andres Mal. Jetzt bewahre man unsern Nachwuchs vor diesen Neutralitätsaposteln, von denen jede Handlung geistige Knechtschaft oder wirtschaftliche Knechtschaft atmet.

Die Meisterprüfung hat ein Kollege in Altenburg erfolgreich bestanden.

Auf dunklen Wegen sucht ein Buchdruckereibesitzer in Berlin in Erwartung zuzugender „Postlagerakten 21 Postamt 89 Berlin“, einen Maschinenmeister zu suchen, gegen Stundenlohn (1), Rautionsstellung, Kündigungsausschluß und Koalitionsrechtsbescheidung, d. h. der große Unbekannte verlangt sogar von Verbandsmitgliedern, die so tüchtig sein würden, auf seine Offerte einzugehen, Austritt aus dem Verbands, weil er nur Nichtverbandsmitglieder beschäftigen. Ist schon das Lohnangebot direkt tarifwidrig, wodurch jedem tariftreuen Gehilfen die Annahme einer solchen Stelle von vornherein unmöglich ist, so sind die Organisationsvorschriften dieses Prinzipals eine Annahme, die darauf schließen läßt, daß es ihm weniger um ein nach heutigen Begriffen annehmbares und gerechtes Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter zu tun ist, als vielmehr um ein scharf abgegrenztes Abhängigkeitsverhältnis zwischen Herr und Knecht. Noch anmaßender mutet jedoch das uns vorliegende Stellenangebot an, wenn man berücksichtigt, daß die geforderte Raution im Fall einer Abigung des

(Fortsetzung in der Beilage.)